

# Von Amerika lernen

## Roosevelts »New Deal« und die große Krise Europas

Von **Stephan Schulmeister**

**S**eit Mitte Juli verfügt die Europäische Union über einen neuen Kommissionspräsidenten: Jean-Claude Juncker. Zudem hat Italien unter Ministerpräsident Matteo Renzi die Ratspräsidentschaft übernommen. Neue Chancen also, die EU-Politik der letzten Jahre zu überdenken und die gravierenden Fehler im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik endlich zu korrigieren.

Tatsächlich hat die Finanz- und Wirtschaftskrise von allen Regionen der Welt Europa am schwersten getroffen. Dafür gibt es vier Hauptursachen. Erstens: In der EU hat die Politik den Anstieg von Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung mit der Kürzung von Reallöhnen, Sozialleistungen und sonstigen Staatsausgaben zu bekämpfen versucht und so die Krise immer weiter vertieft. Zweitens: Der „Spekulationsspielraum“ von Banken, Hedgefonds und sonstigen „Finanzalchemisten“ wurde in der EU – im Gegensatz zu den USA – nicht eingeschränkt. Dafür gibt es – drittens – strukturelle Ursachen: Die Organisation der EU als Staatenbund, von denen 18 Länder eine gemeinsame Währung haben, erschwert eine energische und gemeinschaftliche Krisenbekämpfung. Und schließlich finden sich viertens ideologische Gründe: Die neoliberale Weltanschauung prägt ironischerweise das Denken und Handeln der europäischen Eliten in ungleich höherem Ausmaß als in den USA, dem vermeintlichen Heimatland des Kapitalismus. Das liegt nicht zuletzt daran, dass das Fundament der EU die gemeinsamen Märkte und Marktfreiheiten sind, nicht aber der soziale Zusammenhalt.

Die Konsequenz aus all dem: Obwohl die Finanzkrise und der Wirtschaftseinbruch 2009 die gesamte Weltwirtschaft trafen, vertieften sich nur in der EU die Probleme danach immer mehr. Die Spekulation auf einen Staatsbankrott sprang von Griechenland auf andere Länder wie Portugal, Spanien und Italien über, im Auftrag des „Rettungsschirms“ verordnete die „Troika“ strenges Sparen sowie Lohnkürzungen, die Wirtschaft dieser Länder schlitterte in eine Depression. Dies sowie die anhaltend hohen Zinsdifferenzen zwischen den „Problemländern“ in Südeuropa und den „guten“ Ländern im Norden führten in die Eurokrise. Gleichzeitig nahm die Staatsverschuldung in nahezu allen EU-Ländern zu, am stärksten wiederum in jenen, die am härtesten gespart

\* Die längere Originalfassung dieses Beitrags erscheint in Heft 2/2014 des „Kurswechsel“, der Zeitschrift des „Beirats für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen BEIGE-WUM“, einer Vereinigung kritischer Ökonominen und Ökonomen aus/in Österreich.

hatten: Griechenland, Spanien und Portugal (das Gleiche gilt für Großbritannien). Daraufhin beschlossen die EU-Staats- und Regierungschefs im Januar 2012 den „Fiskalpakt“, der zu weiterem Sparen verpflichtet. Auf diese Weise schlitterte die gesamte EU 2011 und 2012 neuerlich in eine Rezession, die Arbeitslosigkeit stieg auf das höchste Niveau seit den 1930er Jahren.

Erschwerend kommt hinzu: Ein „echter“ Wirtschaftsaufschwung ist weiter nicht in Sicht, im Gegenteil: Heute bestehen zwischen dem Weg (Süd-)Europas in die Depression und jenem der USA zwischen 1929 und 1933 massive Ähnlichkeiten – ungeachtet der unterschiedlichen Ausgangslagen und politischen Rahmenbedingungen sowie des Spezifikums der Europäischen Währungsunion. Die Parallelen betreffen die Rolle der Finanzinstabilität (gleichzeitiger Verfall von Immobilienpreisen, Aktienkursen und Rohstoffpreisen sowie massiver Anstieg der Anleihezinsen in Südeuropa 2010/2012) und die verheerenden Folgen der Austeritätspolitik – insbesondere den enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit und die Hoffnungslosigkeit von Millionen Menschen.

Eine wirtschaftliche Depression zieht nämlich eine sozialpsychologische Depression nach sich, und zwar auf individueller wie gesellschaftlicher Ebene: Bei einer individuellen Depression fällt jemand gewissermaßen in ein „schwarzes Loch“ und kann aus eigener Kraft nicht mehr heraus, um zu sich als zuversichtlicher Mensch zu finden – er oder sie braucht therapeutische Hilfe. Bei einer gesellschaftlichen Depression blockieren sich Kaufkraftschwäche und Pessimismus von Haushalten und Unternehmen wechselseitig. Sie brauchen daher einen wirtschafts- und sozialpolitischen „Therapeuten“, um einen Weg aus der Krise zu finden. Als ein solcher „Therapeut“ fungierte vor 80 Jahren Franklin Delano Roosevelt, der im März 1933 – am Tiefpunkt der Depression – die US-Präsidentschaft übernahm. Schon im Wahlkampf hatte er einen „New Deal“ mit der Bevölkerung versprochen: Ein grundlegender Kurswechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sollte wirtschaftliche Prosperität (wieder-)herstellen und den sozialen Zusammenhalt stärken. Hätten sich die europäischen Spitzenpolitiker und -politikerinnen in den letzten Jahren auch nur ein wenig an den Leitlinien dieser Politik orientiert, wäre das Unglück von Millionen Menschen erheblich kleiner ausgefallen.

### **Der politische Kampf für eine breite „New Deal Coalition“**

Die gesellschaftliche Lage in den USA war 1933 katastrophal: Das reale BIP war seit 1929 um 26 Prozent geschrumpft, die Arbeitslosenquote auf 25 Prozent gestiegen. Der Rückgang des Preisniveaus (ebenfalls um 26 Prozent) erhöhte die reale Last von Schulden, was wiederum Unternehmen, Banken und Farmer in den Bankrott trieb. In dieser Lage konnte Roosevelt auf keine Theorie zurückgreifen, welche die Depression erklärt hätte – als Basis für ein „Recovery Program“. (Eine solche Theorie wurde erst 1936 von Keynes „nachgereicht“). Roosevelts New Deal war daher kein kohärentes Gesamtkonzept, sondern eine Sammlung verschiedener Einzelmaßnahmen mit dem

Ziel, den Kurs der Politik und damit auch der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung grundlegend zu ändern.

Das Fundament des New Deal stellt daher auch keine ökonomische Theorie dar, sondern der politische Wille, die ökonomische und soziale Entwicklung zum Besseren zu wenden. Voraussetzung dafür war die Bereitschaft, mit der marktliberalen Weltanschauung zu brechen und die daraus abgeleitete Navigationskarte neu zu zeichnen – also in einen Kampf mit jenen Gruppen einzutreten, welche diese Ideologie als ihren Interessen dienlich erachteten und daher vertraten.

Angesichts der verzweifelten Lage 1933 und der Tatsache, dass die Rezepte dieser Ideologie die Krise mitverursacht und massiv vertieft hatten, wählte Roosevelt eine sehr offensive Strategie mit unterschiedlichen Zielrichtungen.

Am härtesten griff er die Vertreter der „Wall-Street-Kultur“ an, die Spekulanten „mit dem Geld anderer Leute“. Ebenso unversöhnlich war seine Haltung gegenüber dem Mainstream der Wirtschaftswissenschaften und seiner Doktrin, dass „jene Regierung die beste ist, die am gleichgültigsten auftritt“. Daher konnten und wollten sich Roosevelt und sein Team nicht auf die „Experten“ stützen, sie mussten eigenständig und (daher) konkret denken.

Da die mächtigen Printmedien überwiegend den marktliberalen Mainstream vertraten, ergab sich ein weiteres Feld der Auseinandersetzung. Die Spannungen mit den Printmedien wurden zusätzlich dadurch verschärft, dass die Eigentümer der Zeitungen – wie auch die meisten anderen „Großkapitalisten“ – in Roosevelt einen „Klassenverräter“ sahen, schließlich war dieser ja Spross einer Familie der New Yorker „Geldaristokratie“.

Gegenüber den Printmedien verfolgte Roosevelt daher eine „Doppelstrategie“: Einerseits warb er um die Zustimmung von Journalisten, andererseits versuchte er, mit seinen Radioansprachen die Bevölkerung direkt zu erreichen. Keinem anderen US-Präsidenten des 20. Jahrhunderts gelang es derart überzeugend wie Roosevelt, die Bevölkerung „mitzunehmen“, und das nicht nur auf dem Weg aus der großen Depression, sondern auch zum Eintritt in den Zweiten Weltkrieg.

### **„Yes, we can“ versus „Yes, we act“**

Auch seine Vorliebe für energisches und besonders rasches Handeln gewann ihm – angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage und der depressiven Grundstimmung – das Vertrauen vieler Bürger. Obama sagte „Yes, we can“, für Roosevelt dagegen galt: „Yes, we act“. Ein weiterer Grundzug seiner Politik bestand in dem Bestreben, das Unternehmertum zu fördern und die gemeinsamen Interessen von Unternehmern und Arbeitnehmern an einer Expansion der Realwirtschaft zu stärken: einerseits durch Einschränkung des Spielraums des Finanzsektors und andererseits durch Förderung des privaten Konsums und insbesondere der öffentlichen wie privaten Investitionen. Gleichzeitig sprach Roosevelt den Gegensatz zwischen den Interessen der großen Mehrheit der kleinen und mittleren Unternehmen und jenen des

*Big Business* an und positionierte sich so als Präsident für die überwältigende Mehrheit der Bürger.

Das im klassischen Liberalismus und noch mehr im Neoliberalismus dominierende Verständnis von „Freiheit der Bürger“ als größtmögliche Unabhängigkeit von staatlichem Zwang (negativer Freiheitsbegriff) ist in der US-amerikanischen Gesellschaft als der eines Einwanderungslandes besonders tief verankert – ganz nach dem Motto: „Jeder ist seines Glückes Schmied.“ Dennoch gelang es Roosevelt, dieser Gleichsetzung von Freiheit mit Unabhängigkeit einen positiven Freiheitsbegriff entgegenzustellen: „Freiheit bedarf der Möglichkeit, ein Auskommen zu haben – ein Auskommen, das es dem Bürger nicht nur erlaubt, davon zu leben, sondern auch dafür zu leben.“<sup>1</sup> Dieser positive Freiheitsbegriff schließt ökonomische und damit soziale Sicherheit mit ein. Diese Sichtweise impliziert zugleich, dass der Staat nicht primär als der feindliche „Leviathan“ begriffen wird, sondern als „unser Verein“ im Sinne von Abraham Lincolns „government of the people, by the people, for the people.“ Die Strategie Roosevelts in ihrer Gesamtheit bestand darin, durch die Maßnahmen seines New Deal sowie das Erklären seiner Motive und Ziele gegenüber der Bevölkerung eine möglichst breite Zustimmung zu erlangen – unter Arbeitern ebenso wie unter den Angestellten, bei Unternehmern wie bei Farmern. Die „Pflege“ der Gegnerschaft zur Wall Street und dem Big Business festigte die breite „New Deal Coalition“. Der Erfolg dieser Strategie zeigte sich bei der Wahl 1936: Roosevelt gewann in allen Bundesstaaten außer in Vermont und Maine insgesamt 61 Prozent der Stimmen und damit 98,5 Prozent der Wahlmänner – der höchste Sieg eines Präsidenten in der Geschichte der USA.<sup>2</sup>

## New Deal konkret

Wie aber sahen Roosevelts Maßnahmen konkret aus?

In der ersten Phase des New Deal während der Jahre 1933 und 1934 konzentrierte sich Roosevelt auf drei Aktivitätsfelder: erstens, die sozialpsychologische Seite der Depression, also die Bekämpfung von Mutlosigkeit und Verzweiflung; zweitens, die strikte Regulierung des Finanzsektors und damit der konsequente Kampf gegen die „Praktiken der skrupellosen Bankherren“; und drittens, die Belebung der Wirtschaft, vor allem durch Schaffung von Jobs sowie durch Bekämpfung der Deflation – insbesondere des Verfalls der Agrarpreise – und der Zwangsräumungen.

Roosevelt war klar, dass in allen drei Bereichen gleichzeitig und energisch gehandelt werden muss, damit sich die Maßnahmen wechselseitig verstärken und so gemeinsam zum Erreichen der drei Teilziele beitragen. Bereits in seiner Rede zur Amtseinführung am 4. März 1933 kommen diese Haltung und Stra-

1 Aus der Rede auf dem Parteikonvent der Demokraten am 27.6.1935. Zit. nach Jean Edward Smith, FDR, New York 2007, S. 368. („Liberty requires opportunity to make a living – a living which gives man not only enough to live by, but something to live for.“)

2 Roosevelt wurde 1940 und 1944 wiedergewählt, wenn auch mit sinkendem Stimmenanteil; 1944 betrug er 53 Prozent.

tegie klar zum Ausdruck: „Diese Nation fragt nach Maßnahmen, Maßnahmen jetzt“, lautete Roosevelts Kernforderung. Und in den berühmten ersten einhundert Tagen nach seiner Inauguration ging es in der Tat Schlag auf Schlag.

Zunächst galt es, den Finanzsektor zu stabilisieren. Monatelang hatten Kunden Gelder von ihren Bankkonten abgezogen, Roosevelt ordnete daher vier „Banking Holidays“ an, um die Solvenz der Institute in einem Blitzverfahren zu prüfen und so das Vertrauen in sie wiederherzustellen. Am Abend vor der Wiedereröffnung der Banken wandte sich Roosevelt zum ersten Mal in einer seiner legendären Radioansprachen („Kamingespräche“) an die Bevölkerung. Er erklärte die Notwendigkeit der Schließtage und konnte auch dadurch das Vertrauen stärken. Jedenfalls kam es am nächsten Tag zu einem erheblichen Geldzufluss ins Bankensystem. Im Gegensatz zu den Befürchtungen vieler hatten die *Banking Holidays* die Panik nicht verstärkt, sondern überwunden. In diesen vier Tagen beschloss der US-Kongress den *Emergency Banking Relief Act*, welcher dem Präsidenten ein umfassendes Eingriffsrecht in den Finanzsektor einräumte – einschließlich eines kompletten Zugriffs auf bankinterne Transaktionsdaten. Im Mai 1933 folgte der *Securities Act*, der Emittenten von Wertpapieren zu umfassender Information verpflichtete.

Im Juni 1933 wurde dann der *Banking Act of 1933* beschlossen, besser bekannt als *Glass-Steagall Act*. Er verordnete die strikte Trennung von Investment- und Kreditgeschäft und bildete den gesetzlichen Rahmen für eine allgemeine Einlagensicherung durch die *Federal Deposit Insurance Corporation*. Diese Maßnahmen wurden 1934 durch den *Securities Exchange Act* und den *Gold Reserve Act* ergänzt. Das erste Gesetz regulierte die Börsen, insbesondere durch Schaffung der *Securities and Exchange Commission* als Aufsichtsbehörde; das zweite Gesetz beendete den Goldstandard des Dollar: Sein Wert wurde massiv herabgesetzt, was einer Abwertung um fast 50 Prozent entsprach. Das wichtigste Etappenziel Roosevelts für eine nachhaltige Verbesserung der gesellschaftlichen Stimmung und damit für einen anhaltenden Wirtschaftsaufschwung bestand jedoch in einer raschen Senkung der Arbeitslosigkeit – insbesondere bei der jungen Bevölkerung –, in einer Stärkung der Kooperation zwischen Unternehmen und Gewerkschaften, in der Forcierung öffentlicher Investitionen sowie in einer Verbesserung der Lage der Farmer und der sonstigen überschuldeten Haushalte.

So organisierte das „Civilian Conservation Corps“ (CCC) ab dem Frühjahr 1933 als Sofortmaßnahme Camps, in denen junge Arbeitslose zwischen 18 und 25 Jahren zumindest sechs Monate lang arbeiteten. Sie bauten Forststraßen, Brücken und Dämme, insbesondere in den Nationalparks. Auch wenn die Bezahlung gering war und bei rund 25 Prozent des Normallohns lag, trug das CCC-Programm wesentlich zur Überwindung der pessimistischen Grundstimmung in der Gesellschaft bei. Innerhalb weniger Monate konnten etwa 500 000 junge Menschen wieder Hoffnung schöpfen; bis zum Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg fanden insgesamt an die drei Millionen junge Menschen eine Beschäftigung durch das CCC-Programm.

Die zweite Phase des New Deal von 1935 bis 1937 konzentrierte sich auf eine nachhaltige Umgestaltung der Rahmenbedingungen durch Schaffung

sozialstaatlicher und sozialpartnerschaftlicher Einrichtungen, durch Stärkung der Rechte der Arbeitnehmer und einen etwas progressiver gestalteten Steuertarif. Die Erfolge gaben Roosevelt recht: Zwischen 1933 und 1937 nahm das reale BIP der USA um 43 Prozent zu, das nominelle BIP um 63 Prozent. (Die Preisentwicklung drehte schon Ende 1933 von einer Deflation in eine leichte Inflation.) Bei weitem am stärksten expandierte die private Investitionsnachfrage – nämlich um real 140 Prozent; die Staatsnachfrage wuchs hingegen real lediglich um 28 Prozent. Die Arbeitslosenquote sank zwischen 1933 und 1937 von 25 Prozent auf 14 Prozent. (Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass Personen, die im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsprogrammen tätig waren – etwa in den *Civilian Conservation Camps* –, weiter als arbeitslos erfasst wurden.) Der Anteil der Ausgaben und Einnahmen des Staates am BIP blieb ebenso konstant wie jener des Budgetdefizits (ohne Investitionen: 2 Prozent, insgesamt: 6 Prozent). Auch die Struktur der Ausgaben und Einnahmen änderte sich nur geringfügig: Die indirekten Steuern blieben die bei weitem wichtigste Einnahmequelle, allerdings sank ihr Anteil von 80 Prozent auf 62 Prozent, der Anteil der direkten Steuern der Unternehmen stieg von 6 Prozent auf 10 Prozent, jener der Haushalte von 9 Prozent auf 13 Prozent.

Auf der Ausgabenseite ging der Anteil der Transfers als Folge der wirtschaftlichen Erholung von 22 Prozent auf 20 Prozent zurück, jener der öffentlichen Investitionen stieg von 17 Prozent auf 23 Prozent. Der Anteil des öffentlichen Konsums an den gesamten Staatsausgaben sank zwischen 1933 und 1937 von 59 Prozent auf 56 Prozent. Im vierten Jahr des Aufschwungs (1937) schien es Roosevelt angebracht, das – nach heutiger Sicht durchaus moderate – Budgetdefizit zu eliminieren. Durch Senkung der Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen gelang es ihm zwar, einen Budgetüberschuss zu erzielen – allerdings nur um den Preis einer Rezession. Die Haushalte senkten ihren Konsum geringfügig, die Unternehmen ihre Investitionsnachfrage massiv – um nahezu 20 Prozent. Die „Roosevelt Recession“ von 1937/38 verdeutlichte, dass das Vertrauen auch im vierten Aufschwungsjahr noch sehr fragil war. Die gesamtwirtschaftlichen Verluste der Sparpolitik fielen daher viel größer aus als ihr fiskalischer Ertrag. (Ähnliche Erfahrungen machten die Länder Südeuropas in den letzten Jahren.) Zwar korrigierte Roosevelt seinen Sparkurs wieder, doch der Rückschlag durch die Rezession war groß. Die Depression konnte endgültig erst mit dem Rüstungsboom und dem nachfolgenden Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg überwunden werden.

### **Kein „Deficit Spending“:**

#### **Der New Deal aus makroökonomischer Perspektive**

Was lernen wir aus alledem? Die Entwicklung der Endnachfragekomponenten zwischen 1933 und 1937 zeigt eindeutig, dass der Anstieg des realen BIP um 43 Prozent nicht primär auf die Ausweitung der Staatsnachfrage zurückzuführen ist. Tatsächlich wuchs sie merklich langsamer als die Gesamt-

nachfrage. Auch hat Roosevelt keine Politik eines *Deficit Spending* betrieben: Das Staatsdefizit blieb bis 1936 nahezu konstant und drehte sich 1937 sogar in einen Überschuss. Die Hauptursachen für die Erholung bestanden somit in Roosevelts Kampf gegen die sozialpsychologische Depression, also im „Drehen“ der Grundstimmung von Hoffnungslosigkeit in Zuversicht, in der Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit und insbesondere in einer solchen Änderung der ökonomischen „Spielanordnung“, durch die unternehmerische Tätigkeiten gefördert und Finanzspekulationen eingeschränkt wurden. Die Bedeutung dieser drei sich wechselseitig verstärkenden Faktoren kommt in der enormen Zunahme der realen Investitionen von Unternehmen und Haushalten von 140 Prozent zum Ausdruck.

Die Politik Roosevelts konzentrierte sich somit auf jene beiden Hauptbotschaften von Keynes, die von der Wissenschaft weitgehend verdrängt wurden: erstens, die Bedeutung von (Un-)Sicherheit und der damit verbundene Einfluss der Emotionen auf der individuellen wie auf der gesellschaftlichen Ebene; und zweitens die Notwendigkeit, den Spielraum für Finanzspekulationen radikal einzuschränken und damit dem Unternehmergeist gegenüber der Finanzspekulation auf allen Ebenen Vorrang einzuräumen. Umgekehrt lehnte Roosevelt jene Empfehlung von Keynes ab, welche von der Wissenschaft als seine Hauptbotschaft fehlinterpretiert wurde: die Notwendigkeit einer antizyklischen Fiskalpolitik, insbesondere eines *Deficit Spending*.

Als Zwischenschritte auf dem Weg zur „euthanasia of the rentiers“ schlug Keynes drei Maßnahmen vor: eine Transaktionssteuer zur Eindämmung der Aktienspekulation, ein neues Weltwährungssystem zur Eliminierung der Währungs- und Rohstoffspekulation sowie die Stabilisierung der Zinssätze auf niedrigem Niveau, um so Anleihspekulation einzuschränken.

Die Nachkriegsgeschichte bestätigt diese Sichtweise: In den 1950er und 60er Jahren gab es – bei regulierten Finanzmärkten – keine nennenswerten Konjunkturschwankungen und damit auch keine Notwendigkeit einer antizyklischen Politik. Umgekehrt wurden alle Rezessionen seither durch Turbulenzen auf den Finanzmärkten ausgelöst – von den Dollarabwertungen und Ölpreisschocks der 1970er Jahre bis zu den Aktiencrashes 2000/2003 und 2008/2009. Gleichzeitig verliert unter „finanzkapitalistischen“ Rahmenbedingungen eine antizyklische Politik immer stärker an Wirkung, ja sie kann sogar „kontraproduktive“ Effekte haben. So stimuliert die Niedrigzinspolitik der letzten Jahre die Finanzspekulation – insbesondere mit Aktien und (Staats-)Anleihen – und nicht die Realinvestitionen.

### **Die Reaktion der europäischen Politik auf die große Krise seit 2008**

Roosevelt richtete seine Politik klar nach folgenden Hauptzielen aus: „Zuversicht und Vertrauen schaffen“, „Arbeitslosigkeit mit aller Kraft bekämpfen“ und „Finanzsektor der Realwirtschaft unterordnen“. Damit folgte Roosevelt – mehr als jeder andere Politiker nach ihm – den wichtigsten Empfehlungen von Keynes' „General Theory“, und das bereits vor deren Erscheinen.

Die Reaktion der Politik in Europa seit 2008 entsprach dagegen in allen wichtigen Problembereichen dem Gegenteil von Roosevelts Strategie: Zur Milderung der Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit wurde ein *More of the Same* verordnet: Die Therapien wurden sämtlich aus jener neoliberalen Navigationskarte abgeleitet, die seit Anfang der 1970er Jahre langsam in die große Krise geführt hatte. Die Sparpolitik, insbesondere die Reduktion des Arbeitslosengelds und sonstiger Sozialtransfers, stärkte nicht die Zuversicht, sondern vertiefte die Hoffnungslosigkeit. Folgerichtig stieg die Staatsverschuldung genau in jenen Ländern am stärksten, welche den radikalsten Sparkurs verfolgten.

Der Spielraum der „Finanzalchemisten“ wurde nicht eingeschränkt, vielmehr konnten sie ihn sogar durch das neue „Spiel“ der Spekulation gegen Staaten ausweiten. Das Konzept einer Finanztransaktionssteuer – die einzige von der Politik erwogene, potentiell wirksame Maßnahme gegen Spekulation – wurde unter dem Druck der Finanzlobby in eine Börsenumsatzsteuer geschrumpft.<sup>3</sup>

Generell basieren die Konzepte der aktuellen EU-Politik nicht, wie bei Roosevelt, auf konkretem und anteilnehmendem Denken, sondern auf den abstrakten Modellen der neoliberalen Wirtschaftstheorie. Genau diese Navigationskarte hat seit 40 Jahren den Weg in die große Krise markiert. Dies aber wird noch immer nicht wahrgenommen – anderenfalls müssten sich ja die Eliten als mitschuldig am Unglück von Millionen Menschen ansehen.

Die über vier Jahrzehnte ausgedehnte, lange Zeit schleichende Vertiefung der Krise ist ein weiterer Grund für den Lernwiderstand der Eliten. Die Langsamkeit dieses Prozesses gibt ihm den Anschein eines „Sachzwangs“ oder in den Worten Margret Thatchers: „There is no alternative.“ Ein Gedankenexperiment macht dies deutlich: Wäre der Anstieg der Arbeitslosigkeit seit 1973 – wie zwischen 1929 und 1933 – in nur vier Jahren erfolgt, so hätte ein viel größerer Teil der Eliten den Druck verspürt, neue Wege zu suchen, als es heute der Fall ist.

Dieser Prozess der bis 2008 „schleichenden“ und seither beschleunigten Krisenvertiefung entwickelte sich in Wechselwirkung mit der Dominanz der neoliberalen Weltanschauung, zuerst in den Universitäten, dann in den Medien und zuletzt – seit etwa 20 Jahren – auch in der Politik. Mehr als eine Generation von Ökonomen wurde in dieser Weltanschauung ausgebildet; gleichzeitig waren Einfluss und Macht dieser Berufsgruppe noch nie so groß wie heute. Alle diese Faktoren machen es in ihrem Zusammenwirken unmöglich, die systemische Hauptursache der Krise zu begreifen: die neoliberale Wirtschaftstheorie und die daraus abgeleitete Navigationskarte der Politik.

Die anhaltende Dominanz der neoliberalen Theorie und ihre „Wahrnehmungsverweigerung“ führten zu einem fatalen Ergebnis: Voraussetzung für ein gründliches Lernen aus der Krise ist heute ein weiterer Krisenschub. Eine neuerliche Entwertung der Aktien und (Staats-)Anleihen und damit des Pen-

3 Denn es gelang den nationalen Finanzlobbys, ihr Interesse als jenes der jeweiligen Volkswirtschaft erscheinen zu lassen. Vgl. Stephan Schulmeister, *The struggle over the Financial Transaction Tax – a politico-economic farce*, in: WIFO Working Paper 474/2014.



sionskapitals und der Finanzinvestitionen von Unternehmen und Haushalten wird deren Nachfrage senken, die EU-Staaten werden nicht gegensteuern, die Krise vertieft sich weiter. Wenn die Zahl der Arbeitslosen in der EU gegen 40 Millionen steigt, wenn noch mehr junge Menschen deklassiert werden und wenn sich infolgedessen der Vormarsch rechtspopulistischer Parteien beschleunigt, besteht vielleicht eine Chance, dass auch die Eliten ihre Weltanschauung in Frage stellen.

### **Das Lernen aus der Krise: Ein New Deal für Europa**

Für einen Kurswechsel brauchen wir dann endlich eine neue Navigationskarte. Ihre Leitlinien müssten sich an Roosevelts New Deal orientieren: Bekämpfung aller Formen der Finanzalchemie und Konzentration des Gewinnstrebens auf die Realwirtschaft, darüber hinausgehende Stärkung der gemeinsamen Interessen von Unternehmern und Arbeitnehmern, Fokussierung auf die bedrückendsten Probleme wie Arbeitslosigkeit, Existenzgefährdung vieler Unternehmen, steigende Staatsverschuldung, Armut und generell soziale Ungleichheit.

Ein moderner New Deal für Europa müsste zusätzlich die Verbesserung der Umwelt und die Stärkung des europäischen Zusammenhalts zu Hauptzielen erklären.<sup>4</sup>

Die wichtigste Voraussetzung für die Verlagerung des Gewinnstrebens zur Realwirtschaft ist jedoch folgende: Die zwischen der Real- und Finanzwirtschaft vermittelnden „Fundamentalpreise“ – im Raum der Wechselkurs, in der Zeit der Zinssatz – müssen durch die Politik stabilisiert werden. Ähnliches gilt für die Preise erschöpfbarer und umweltschädigender Ressourcen, insbesondere von Erdöl.

Auf diese Weise würde Politik endlich als die erforderliche Vernetzung von Großprojekten konzipiert. Diese haben die konkrete und schrittweise Überwindung gesellschaftlicher Krisen zum Ziel – anstatt zum x-ten Mal neoliberale „Strukturreformen“ einzufordern. Denn dass diese uns nur noch tiefer in die Krise führen, das wusste bereits Franklin D. Roosevelt.<sup>5</sup>

4 Eine detaillierte Darstellung des Gesamtkonzepts findet sich in Stephan Schulmeister, Mitten in der großen Krise – ein „New Deal“ für Europa, Wien 2010.

5 Seit März 2014 liegt die Europäische Bürgerinitiative „New Deal 4 Europe“ für ein Jahr zur Unterzeichnung aus. Sie fordert „Ein öffentliches Investitionsprogramm mit dem Ziel, Europa durch die Entwicklung der Wissensgesellschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze speziell für junge Leute aus der Krise zu führen.“ Hauptziele der Bürgerinitiative sind: Ein EU-Sonderprogramm für öffentliche Investitionen zur Herstellung und Finanzierung europäischer öffentlicher Güter (erneuerbare Energie, Forschung und Innovation, Infrastrukturnetze, ökologische Landwirtschaft, Schutz der Umwelt und des Kulturerbes); ein spezieller Europäischer Solidaritätsfonds vor allem für junge Menschen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, die Erhöhung der Eigenmittel des EU-Haushalts durch Besteuerung von Finanztransaktionen sowie CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Unter [www.newdeal4europe.eu](http://www.newdeal4europe.eu) kann die Initiative unterzeichnet werden. Noch wichtiger wären Kampagnen von NGOs und den Gewerkschaften wie bei der Initiative gegen die Privatisierung der Wasserversorgung. Vermehrter Druck der Bürgerinnen und Bürger würde helfen, den Lernwiderstand der europäischen Eliten zu brechen.